



Haushalt 2024 - SPD Fraktionsantrag auf Senkung der Kreisumlage

VO/2023/512	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 05.12.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Christiane Ostermeyer

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
07.12.2023	Hauptausschuss (Beratung)	Ö
18.12.2023	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Prozentsatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2024 um einen Prozentpunkt auf 28 Prozentpunkte gesenkt.

Der Haushaltsentwurf zur Entscheidung durch die Mitglieder des Kreistages soll entsprechend angepasst werden.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n:

1	2023-12-05 Antrag SPD Senkung Kreisumlage
---	---



Sozialdemokratische Partei Deutschland

Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Anke Götttsch

Fraktionsvorsitzende

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Hauptausschuss
Herrn Vorsitzenden Hans Hinrich Neve
Kreistag
Frau Kreispräsidentin Mues

Im Hause

Rendsburg, 01.12.2023

Kreisumlage im Haushaltsjahr 2024

Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2023

Sitzung des Kreistages am 18.12.2023

Die Fraktion der SPD im Kreistag beantragt:

Der Prozentsatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2024 um einen Prozentpunkt auf 28 Prozentpunkte gesenkt.

Der Haushaltsentwurf zur Entscheidung durch die Mitglieder des Kreistages soll entsprechend angepasst werden.

Begründung:

Den vorliegenden Unterlagen nach wird der Haushalt 2024 einen Überschuss ausweisen. Die Steuerschätzung und die damit verbundenen Einnahmen werden spätestens für das Haushaltsjahr 2025 drastisch sinken.

Die Festlegung der Kreisumlage gilt immer nur für ein Jahr. Auch wenn sie in den vergangenen Jahren stillschweigend verlängert wurde. Um die dann aktuelle und wahrscheinlich im kommenden Jahr sich darstellende Haushaltssituation vor der Aufstellung der Haushalte zu besprechen, sollen nach der Sommerpause dazu Gespräche mit dem SHGT stattfinden.

Wir sind überzeugt, dass sich die Einnahmesituation des Kreises in den kommenden Jahren nicht auf einem Niveau verfestigt, das sich die Senkung der Kreisumlage um weitere Prozentpunkte oder weitere Jahre darstellen lässt.

Der Kreis muss einerseits mit den ihm zur Verfügung stehenden Mittel seine Pflichtaufgaben im Kreisgebiet erfüllen. Andererseits ist uns bewusst, dass sich für die Gemeinden der finanzielle Druck ebenfalls erhöht hat. Die Absenkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt für vorerst ein Jahr stellt einen Kompromiss dar.

gez. Anke Götttsch